

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Spring, Auer. Druck: H. Springer, Auer. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 40 Pf. pro Monat. Postamt: Auer. Nr. 10. 1921.

Abonnement: Durch unsere Posten hat die Ausgabe monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mark. Bei der Post bestellt monatlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Feiertagen. Unsere Zeitungsnehmer und Ausgabehelfer, sowie alle Postbeamten und Briefträger nehmen Abstellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengrubenpreise sind nach dem Raum für Anzeigen und nach dem Betrag der Anzeigen zu berechnen. Die Anzeigenpreise für die ersten drei Tage sind 10 Pf. pro Zeile, für die folgenden Tage 8 Pf. pro Zeile. Für die ersten drei Tage sind 10 Pf. pro Zeile, für die folgenden Tage 8 Pf. pro Zeile. Für die ersten drei Tage sind 10 Pf. pro Zeile, für die folgenden Tage 8 Pf. pro Zeile. Für die ersten drei Tage sind 10 Pf. pro Zeile, für die folgenden Tage 8 Pf. pro Zeile.

Nr. 32.

Dienstag, den 8. Februar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss ist bei der Untersuchung der militärischen Kräfteverhältnisse in Europa vor dem Kräfte zu dem Ergebnis gelangt, daß Rußland und Frankreich den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden habe.

Nach Mitteilung des Scho de Paris haben die Vereinigten Staaten offiziell in Paris mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sind, die Deutschland auferlegte 1 1/2 prozentige Ausfuhrsteuer anzunehmen.

Sonnabend morgen sind auf dem Pariser Nordbahnhof vier deutsche Waggon, enthaltend 24 Tonnen Goldmark, eingetroffen. Sie wurden nach der Bank von Frankreich gebracht, wo sie auf Rechnung der Wiedergutmachungskommission deponiert sind.

Es steht jetzt fest, daß die Konferenz der Finanzfachverständigen in Brüssel erst nach den Londoner Beratungen stattfinden wird. Die alliierten Sachverständigen haben ihre Arbeit eingeleitet.

## Ungleiche Rechnung.

W. W. Niemand wird angenommen haben, die 200-Milliardenforderung die der französische Finanzminister Doumer in Paris aufgestellt, sei dazu bestimmt, verteidigt zu werden. Daß Deutschland aus einem Volkseinkommen von bestenfalls 25 Milliarden Goldmark bei mindestens 8 Milliarden Goldmark öffentlichen Aufwendungen und einigen Milliarden Erneuerungsausgaben jährlich 12 Milliarden Goldmark, annähernd also den ganzen für seinen Lebensunterhalt verfügbaren Rest, bezahlen müsse, glaubt Doumer so wenig wie seine Zuhörer. Welchen Sinn hat also die doch offenbar aus zweckbewusster Berechnung maßlose Forderung? Frankreichs Anspruch soll nicht so sehr gegen Deutschland wie gegen seine früheren Verbündeten verfaßt werden. Das Verfahren, das Frankreich jetzt einschlägt, hat Ähnlichkeit mit dem, das früher von England angewandt wurde und das darin bestand, die gesamten Kriegskosten der Welt grundsätzlich von Deutschland zurückzufordern, natürlich nicht, weil man geglaubt hätte, solche Summen seien jemals erlangbar, sondern weil England, der größte Geldausgeber des Krieges, auf diese Weise zu einem günstigen Verteilungsschlüssel zu kommen gedachte. Das ist in mühsamen Verhandlungen gesunden worden. Seitdem sieht England keinen Vorteil in einer sehr hohen, wenigstens in keiner überhöhen Kriegsentlastung; denn was es solcher Art erhält, perliert es als Handelsmacht doppelt durch das Ausscheiden Deutschlands aus der Weltwirtschaft.

Unders rechnet Frankreich. Sein Anteil an der Gesamtentschädigung ist prozentual festgesetzt. Es wünscht also diese Entschädigung möglichst hoch. Das ist nun an sich ziemlich selbstverständlich. Was veranlaßt Frankreich aber dazu, auf die deutsche Leistungsfähigkeit, von der allein es doch Geld und Gut erwarten kann, überhaupt keine Rücksicht zu nehmen? Die Erklärung ist: Frankreich glaubt nicht mehr an die Bereitwilligkeit der Welt ihm eine dauernde Auspressung und damit die Niederhaltung Deutschlands zu erlauben; denn dies ginge — mittelbar — auf Kosten der anderen. Diese anderen verlangen von Frankreich, daß es eine endgültige Summe nenne. Damit verliert aber Frankreich das Interesse daran, die deutsche Wirtschaftskraft zu berechnen. Wichtiger als die doch begrenzte Ausbeutbarkeit ist ihm sein Anspruch an die früheren Kriegsgenossen, die ja zugleich seine Gläubiger sind. Es nennt diesen Anspruch einen moralischen, weil er sich auf die von Frankreich gebrachten Blutopfer gründet. Es stellt daher nicht eine Wirtschaft, sondern eine Verlustrechnung auf, für deren Bezahlung, wenn Deutschland zusammenbricht, England und Amerika ihm aufkommen sollen. Sagen diese Mächte, zu ihrem eigenen Vorteil, eine Schonung Deutschlands durch, sollen sie einem ungeliebten französischen Anspruch gegenüberstehen?

## Bayern will die Einwohnerwehr nicht auflösen.

Die parlamentarische Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bringt interessante Auslassungen über die Lage. Nachdem sie zunächst zu fester Entschlossenheit auffordert, sagt sie: Der Abschnitt über die Entwaffnungsfrage in der Rede des Außenministers wie in der Erklärung der Koalitionsparteien gibt zu der Verdrängung Anlaß, daß die Reichsregierung zu einem nutzlosen Entgegenkommen in der Entwaffnungsfrage geneigt wäre. Der Geist des Versailler Vertrages verlangt, daß Deutschland soweit entmilitarisiert wird, daß es nicht mehr in der Lage ist, einen Krieg zu führen. Nur in diesem Sinne können wir das Zugeständnis der Koalitionsparteien, die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geist loyaler Auslegung auszuführen, verstehen. Die Korrespondenz sagt dann weiter: Wir können keine verschiedene Behandlung des Teiles, der über die Wiedergutmachung, und des

Teiles, der über die Entwaffnung handelt, verlangen. Eine Reichsregierung, die in diesen Punkten von ihrer eigenen Offenheit vor aller Welt vertretenen Auffassung (?) jetzt abzuweichen würde, würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reich hervorrufen, die unsagbar traurig wäre. Die Korrespondenz weist dann noch weiter auf die tiefen Erschütterungen in Bayern hin, die ein Abschwenken der Regierung von dieser Politik hervorrufen würde. Die Münchner Zeitung meint, daß die Lage außerordentlich ernst ist, gerade deshalb, weil in Berlin bereits Kräfte am Werk seien, die die Einigkeit zwischen Bayern und dem Reich stören wollen. (!) Die bayerische Regierung müsse unbedingt fest bleiben.

In der Wiedergutmachungsfrage gibt es keine preussische, sächsische oder bayerische Auffassung, sondern nur eine gemeinsame deutsche, und die Herren in Bayern sollten endlich einmal aufhören, immer wieder das Hauptgewicht auf die Hervorhebung des bayerischen Standpunktes zu legen. Ganz besonders gilt dies aber im Hinblick auf die Entwaffnungsbedingungen, denn hier würde die bayerische Meinung ganz erheblich von der im ganzen übrigen Reich vertretenen abweichen. Die Entwaffnungsbedingungen sind schwer und demütigend, und man kann verstehen, daß der Ingrimms das Herz jedes Deutschen zusammenzieht, wenn er das Diktat der Feinde hört. Aber das geht nicht nur den bayerischen Patrioten so, sondern jeder andere Deutsche empfindet in ähnlicher Weise, nur daß er sich besser zu beherrschen weiß und einseht, daß man unter keinen Umständen wegen dieser Frage die Existenz des Volkes auf Spiel setzen darf. Was hier der Friedensvertrag verlangt, muß durchgeführt werden, damit wir uns mit desto größerem Nachdruck gegen die Verewaltigung durch die Wiedergutmachung wenden können. Selbstverständlich werden auch in der Entwaffnungsfrage alle Ententeforderungen, die über die Bedingungen des Friedensvertrages hinaus gehen, von uns entschieden zurückgewiesen werden. Mehr kann Bayern aber nicht zugestanden werden.

## Zum Beginn des Weltkrieges.

Die militärischen Kräfteverhältnisse.

Der erste Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der mit der Aufklärung der Vorgänge, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben, beauftragt ist, hat sich in einer Reihe von Sitzungen mit den militärischen Kräfteverhältnissen, wie sie vor Beginn der großen Krise in Europa bestanden haben, beschäftigt. Der Ausschuss erachtete diese Erörterung für die Lösung der ihm gestellten Aufgabe für erforderlich, da ohne Zweifel bei allen in jener Zeit gefaßten politischen Entscheidungen, ob deren Urheber nun den Krieg herbeizuführen oder abzuwenden bestrebt waren, das Bewußtsein von der militärischen Kraft, aber die jeder der Staaten verfügte, eine entscheidende Rolle gespielt hat. Es sind ausführliche Gutachten erstattet worden. Im besonderen hat Graf Max Monteglas in zwei umfassenden Referaten, unter Benutzung von zum Teil neuem Material und der neuesten Militärliteratur der Ententeländer, die militärischen Kräfteverhältnisse zur Darstellung gebracht. Der Ausschuss betrachtet die bisherigen Ergebnisse seiner Arbeit als Teilergebnis und beabsichtigt, durch seine weiteren Beratungen eine vollständige Klärung der politischen Gesamtlage herbeizuführen, wie sie sich bis zum Attentat von Sarajewo entwickelt hat. Er wird sich deshalb nach der Reichstagspause mit den Ursachen der bis 1914 immer mehr zunehmenden internationalen Spannungen beschäftigen. Der Arbeitsplan des Ausschusses geht dahin, schließlich dem Reichstag eine Gesamtsicht über die Entstehung des Weltkrieges und die dabei in Frage kommende Verantwortlichkeit vorlegen zu können. Über die Frage der militärischen Kräfteverhältnisse hat der Ausschuss auf Grund einer Erörterung der erstatteten Gutachten folgende Entscheidung gefaßt:

1. Der Ausschuss geht von der Auffassung aus, daß die politischen Wandlungen, die den Ausbruch des Weltkrieges herbeizuführen oder zu verhindern geeignet waren, davon beeinflusst wurden, wie ihre Urheber die militärischen Kräfte der einzelnen Staaten beurteilten. Es besteht vielfach die Auffassung, die Mittelmächte hätten bei Kriegsausbruch eine erdrückende militärische Überlegenheit besessen. Der Ausschuss erblickt deshalb eine der politischen Erörterungen vorbereitende Aufgabe darin, die militärischen Kräfteverhältnisse der europäischen Staaten, zwischen denen der Krieg ausbrach, klarzustellen.

2. Der Ausschuss hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse Europas im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Möglichkeiten berücksichtigt, festgestellt, daß die verbündeten Mächte Rußland und Frankreich den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden.

Der Ausschuss hält die Fragen, wie der deutsche Generalstab die militärische Gesamtlage im Jahre 1914 beurteilte, und ob sich die politische Leitung über den militärischen Stand der Dinge genügend unterrichtete, sowie insbesondere, ob die Regierung sich über die po-

litische Auswertung des deutschen Operationsplanes hinreichend Rechenschaft gab, nicht für gelöst und beschließt, diese Fragen zum Gegenstand einer weiteren Prüfung zu machen.

## Der Friedensvertrag von Versailles.

Von J. M. Regnes.

Von dem Professor an der Universität Cambridge Regnes, der durch sein in alle Sprachen überlegtes Werk: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages — internationale Berühmtheit erlangt hat, ist eine neue Schrift erschienen, die in knapper Form die hauptsächlichsten Punkte des größeren Werkes wiederholt und neue Gedankenansätze hinzufügt. Wir entnehmen der Schrift folgende Stellen:

Ein toter Vertrag.

Seit seinem Bestehen ist jetzt ein Jahr vergangen, und seine Autorität hat bereits viel eingebüßt, — nach meiner Ansicht nicht, weil sich die Stimmung gegen Deutschland besserte, sondern weil der Friedensvertrag als solcher kein Friedensvertrag ist, und weil er in Wirklichkeit nichts regelt. Was Europa vor allem braucht, ist eine wirkliche Regelung und die hat uns der Friedensvertrag nicht gebracht. Wenn man einen Menschen verpflichtet, eine unbillige Tat auszuführen, so ist man einer Entscheidung genau so wenig nahegekommen, wie er der Ausführung seines Auftrages. Sein Versprechen wird notwendigerweise zum toten Buchstaben. Die Wiedergutmachungs- und Kohlenklauseln des Vertrages stellen die wichtigsten wirtschaftlichen Punkte des Friedensvertrages dar. Sie sind aber in törichte und schamlose Phrasen eingekleidet und stehen in keinem Verhältnis zu den wirklichen Tatsachen, sind also ohne jeden praktischen Wert und gewähren keine sichere Aussicht für die Zukunft.

Was wäre also zu tun? Bevor ich hierauf antworte, sei auf einen Punkt in dem Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber dem Friedensvertrag hingewiesen. Von den Vereinigten Staaten ist die Ratifizierung des Vertrages verweigert worden. Die Vereinigten Staaten erhalten nichts aus dem Friedensvertrag. Aber auch die Ansichten der größeren Mehrheit der Bewohner der Vereinigten Staaten steht wahrscheinlich in völligem Widerspruch mit dem Vertrage. In Paris kämpfte der Vertreter der Vereinigten Staaten mit aller Entschlossenheit und Nachdruck für eine Verringerung des Vertrages — und doch findet dieser Vertrag gerade jetzt in Amerika seine wärmsten Verteidiger.

Wege zur Abhilfe.

Erst die Revision des Friedensvertrages wird uns ein gesichertes Fundament zum Aufbau für neue Regelungen gestatten. Ich möchte noch hinzufügen, daß ich mich durchaus von den Leuten unterscheide, die zwar die Unvollkommenheit des Vertrages zugeben, aber auf der Suche nach Hilfe immer nur diejenigen Bedingungen des Vertrages heranziehen, die eine fortschreitende Verringerung durch die einmütige Zustimmung der hauptsächlichsten Verbündeten möglich machen würden. Der Unterschied zwischen der sofortigen Revision des Friedensvertrages und der allmählichen Verringerung aus dem Zwange der Verhältnisse heraus gleicht dem Unterschied zwischen einem solchen Neubau und einem täglich neu zu stützenden alten Bauwerk.

Die Zukunft.

Diese Revision muß, wie die Dinge jetzt stehen, die nächste große Aufgabe Europas sein. Aber es wird ein Unglück für die Welt bedeuten, wenn Amerika sich fernhält. Ich bedauere durchaus nicht, daß der Konvent der Vereinigten Staaten den Friedensvertrag verworfen hat. Aber ich bete, daß aus der Asche dieses Vertrages und aus der embryonalen Form des jetzigen Völkerbundes neue Abmachungen, ein neuer Bund entstehen mögen, die die Treue aller Menschen gegen einander gewährleisten. Der Lauf der Dinge scheint sich für die Erdbevölkerung manchmal nur langsam zu entwickeln. In der Zwischenzeit, die vielleicht kurz sein wird, hoffe ich, werden sich die verschiedenen Völker der Welt der rohen und herzlosen Lebensarten enthalten. Es wurde gesagt, daß Menschen immer lebenswert und Nationen immer beachtenswert sind. Es gibt gewiß gegenwärtig wenig Nationen, gegen die eine gerechte und begründete Anklage nicht erhoben werden könnte. In kurzen Worten, daß er keine Methode kenne, eine solche Anklage gegen ein ganzes Volk zu erheben, liegt ein tiefer Sinn. Ich glaube wirklich, schrieb er, daß dies für die Welt nicht gerecht, für die Bewusstseins nicht anständig und für die mit Menschlichkeit Ausgerüsteten nicht milde und barmherzig wäre.

## Kleine politische Meldungen.

Ausarbeitung des deutschen Entwurfs. Nachdem die Ministerpräsidenten der deutschen Länder Berlin wieder verlassen haben, ist das Reichskabinett, das gestern seine Beratungen wiederaufgenommen hat, nunmehr damit beschäftigt, auf Grund der Beschlüsse der Berliner Ministerkonferenz die Stellungnahme zu den Forderungen der Entente in einzelnen festzulegen und mit der Ausarbeitung des deutschen Entwurfs zu beginnen. Die von zünftiger Stelle bekannt wird, steht Staatssekretär Bergmann vorläufig in Berlin, um an diesen Beratungen teilzunehmen.